

2010-08-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die
Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 12.08.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Mau, Hans-Joachim

Anwesend bis TOP 6.2
Anwesend bis TOP 7

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Pätzold, Hans-Joachim

Vertretung für Herrn Krüger

Fraktion der SPD
Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Busch, Thomas

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Schmidt

Fraktion der FDP
Maloszyk, Rainer

Vertretung für Herrn Dr. Neubert

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Ergänzungs- oder Änderungsanträge vorgebracht, sie wurde in der ausgereichten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde in der ausgereichten Form einstimmig bestätigt.

3. **Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 15.07.2010**

Zum Protokoll der Sondersitzung am 15.07.2010 wurden durch **Herrn Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, folgende Korrekturen und Ergänzungen angemerkt:

TOP 7.1.2 „Städtebauliche Reparatur des Meisterhausensembles“, Seite 11, 2. Absatz

Folgende Änderung

Zur Vervollständigung merkte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, an, dass es sich um einen Prozess der Iteration (Wiederholung), der schrittweisen Annäherung handelt. In der stattgefundenen Tagung der Expertengruppe wurde beschlossen, dass Herr Marquez auf die Nutzer des Hauses Moholy-Nagy zugehen wird.

Am 27.07.2010 findet erneut ein Treffen der Expertengruppe statt, bei dem die nächsten Ergebnisse angeschaut und bewertet und die Aufgaben verteilt werden. Das Ziel ist, am ~~23.09.2010~~ 15.09.2010 einen Maßnahmebeschluss im Stadtrat einzureichen. Hierzu wird über eine Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am ~~15.09.2010~~ in Vorbereitung der Stadtratssitzung nachgedacht.

TOP 7.2 „Sonstige öffentliche Abfragen und Erläuterungen“, Seite 14, 1. Absatz

Folgende Ergänzung

3. ~~Eine Hörstation mit Bluetooth ist ausgestattet.~~

Eine solche Hörstation ist ausgestattet mit einem kleinen Computer mit Sender, der den Hörbeitrag als mp3-Datei auf Bluetooth-fähige Telefone in einem bestimmten Umkreis sendet. Die Frage der Kombination dieses Computers mit einer Fahne ist noch nicht geklärt. Der Computer selbst kostet einzeln ca. 650 €. Hörtextproduktion und Installation

sind nicht enthalten. Es handelt sich hier um sensible Technik, die möglicherweise auch für Diebstahl interessant ist. Der Benutzerkreis ist auf diese spezielle Technik eingegrenzt. Aus anderen Fällen ist bekannt, dass der Fördermittelgeber wegen des eingeschränkten Benutzerkreises Probleme sieht.

Deshalb wurde sich auch wegen der schwierigen Haushaltssituation in der Verwaltung darauf verständigt, auf die Hörstationen zu verzichten. Wir haben den Audioguide, der Informationen vermittelt und die Tafel des Roten Faden. Damit ergibt sich Spielraum für Zusatzprojekte wie der Stromanschluss für den multikulturellen Verein.

Mit diesen Änderungen wurde das Protokoll zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 4

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 15.07.2010 erfolgten Informationen und Beschlussfassungen:

Vergabe von Bauleistungen

"Instandsetzung von Ingenieurbauwerken im Stadtgebiet Dessau-Roßlau", Zeitvertragsarbeiten 07/2010 bis 06/2012, Vergabe Nr. 8/2010 (Unterhalt Brücken, Verkehrszeichenbrücken, Lärmschutzwände etc.)

Vorlage: DR/BV/197/2010/VI-66

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen GS "Geschwister-Scholl"

Vergabe Fenster

Vorlage: DR/BV/206/2010/VI-65

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr.: 34/2010, Baumaßnahme: Ausbau Hauptstraße, 3. BA, Ersatzneubau der Brücke (BW 133) über die Rossel in Roßlau

Vorlage: DR/BV/214/2010/VI-66

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Planungsleistungen / Gebäudeplanung

Rathaus Altbau / Umbau- und Sanierungsleistungen

Vorlage: DR/BV/226/2010/VI-65

Die Vergabe der Leistung an das Büro für Architektur und Planung Tetzlaff-Klick GbR, Dessau-Roßlau wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr.: 46/2010, Grunderneuerung der Kühnauer Straße; Straßen- und Tiefbau, Straßenbeleuchtung, Gesamtleistung Los 1 - Allgemeine Arbeiten (AG DVV Stadtwerke), Los 2 - Leistungen für die DVV (AG DVV Stadtwerke), Los 3 Straßenbau, Straßenbeleuchtung (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau)

Vorlage: DR/BV/219/2010/VI-66

Die Vergabe der Leistung an die Firma STRABAG AG, Dessau-Roßlau wurde mehrheitlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 1 : 0

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Bericht zur Arbeit des Quartiersmanagement Soziale Stadt - Dessauer Innenstadt

Vorlage: DR/BV/282/2010/VI-61

Nachdem bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses umfassend zum Thema informiert wurde, so **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, werde man von einer umfassenden Einführung in der heutigen Sitzung absehen.

Nachdem **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Intention der Vorlage mit der Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse und der Fixierung einer neu ausgerichteten Aufgabenstellung für die Arbeit des Quartiersmanagements beschrieben hatte, wurde durch **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um konkretisierende Angaben zur Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“ gebeten. Als Fragepunkte benannte er die umzusetzenden Projekte und Möglichkeiten der Erweiterung des Zielgebiets für das Programm. Dass die bewilligten Gelder aufgrund der ausstehenden Entscheidungen nicht verwendet werden können, bezeichnete Herr Busch als einen unbefriedigenden Zustand.

Eine schriftliche Beantwortung der aufgeworfenen Fragen sicherte **Herr Schmidt** zu.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2. Teilnahme am Städtebauförderprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"

Vorlage: DR/BV/180/2010/VI-61

Einführend wurde durch **Frau Gelies, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, die Grundlagen des Städtebauförderprogramms beschrieben und darauf verwiesen, dass die Stadt durch das Land zur Bewerbung aufgefordert wurde. Nachdem dies bereits die dritte Antragstellung sei, hoffe man in diesem Programmjahr auf die Berücksichtigung der Anträge. Zusammenfassend könne man feststellen, dass das Programm in seiner Ausrichtung auf Projekte in den Stadtkernen sowie das Engagement der Bürgerschaft setze.

Dass man wieder in alte Denkansätze zurück gefallen sei, meinte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, mit Verweis auf die Abgrenzung des Fördergebiets Dessau-Zentrum bis zum Bahnhof. Statt der Achse vom Bahnhof zum Stadtpark sei beispielsweise die Randbebauung um den Stadtpark und die Kavalierstraße als Projekte zu favorisieren. Die Schwerpunktsetzung

durch die aufgezeigten Projekte sei aufgrund der fehlenden Bezugnahme auf die Innenstadt als falsch zu bezeichnen.

Die Schwerpunkte der Stadtentwicklung seien durch die Stadträte neu zu definieren und mit Prioritäten zu versehen, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Ziel sei eine Konzentration auf die Innenstadt und eine klare Arbeitsrichtung für die Verwaltung. Aus diesem Grund sei sein Wunsch, dieses Thema in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu thematisieren.

Als weiteres Projekt mit hoher Priorität beschrieb **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, die Beseitigung der Missstände in der Langen Gasse.

Mit der Information des Bauausschusses, dem Beschluss des Wirtschaftsausschusses und der abschließenden Beschlussfassung durch den Stadtrat hinterfragte **Herr Otto** die gewählte Beteiligung der Gremien.

Man habe bei verschiedenen Sachverhalten und Themenstellungen Interessenkonflikte zu verzeichnen, so **Herr Schönemann**. Eine Diskussion an dieser Stelle sei nicht zielführend, vielmehr bedarf es einer Grundverständigung zu den Prioritäten der Stadtentwicklung, so dass dann nur noch eine Diskussion über Qualitäten zu führen sei.

Auf die Frage von Herrn Otto antwortend, erklärte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, dass man mit dem Bau- und dem Wirtschaftsausschuss zwei beschließende Gremien habe. Aufgrund der Ausrichtung als Stadtentwicklungsprogramm werde der Beschluss durch den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus herbeigeführt und der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt informativ einbezogen und um eine entsprechende Empfehlung gebeten. Die abschließende Beschlussfassung obliege dem Stadtrat.

Auf das zur Diskussion stehende Förderprogramm Bezug nehmend, beschrieb es **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, als neues und sehr kleines Programm mit räumlich überlagernder Funktion zu den anderen Städtebauförderprogrammen. Die enthaltenen Maßnahmen seien in den anderen Programmen nicht enthalten. Man verfolge das Ziel, die Aufnahme in das Programm und eine Budgetzuweisung zu erreichen. Die Beschlussvorlage diene zum Einstieg in das Förderprogramm und beinhalte Vorschläge für das Programmjahr 2010. Eine neue Schwerpunktsetzung könne bereits für das Programmjahr 2011 erfolgen. Dem Beschlusspunkt 4 sei darüber hinaus zu entnehmen, dass die eigentliche Diskussion in den Beratungen zur Haushaltsplanung erfolge.

Die angesprochenen Vorhaben in der Kavallerstraße fanden Aufnahme in das Programm Stadtumbau Ost. Über die Gesamtheit der Programmanträge für den Stadtumbau werde man für die Septembersitzung des Ausschusses eine Vorlage vorbereiten.

Sein Unverständnis zur Behandlung in den verschiedenen Gremien äußerte auch **Herr Busch**. Gerade das Programm „Soziale Stadt“ besitze den Schwerpunkt investiver Bauprojekte. Demzufolge sei auch die Beschlussfassung im Bauausschuss nahe liegend.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.3. Geruchsbelästigung in der Ganztagschule "Zoberberg" **Sachstand** **Vorlage: DR/IV/065/2010/VI-65**

Durch **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, wurde eingangs auf die Information in der Stadtratssitzung verwiesen. An dieser Stelle reiche man die Unterlagen des Gutachtens zur Information nach.

Auf Nachfrage von **Herrn Maloszyk, Fraktion der FDP**, zu den weiteren juristischen Schritten, erklärte **Herr Bekierz**, dass Anfang April 2009 das gerichtliche Beweissicherungsverfahren eingeleitet wurde. Nachdem die Erarbeitung des Gutachtens 15 Monate gedauert habe, sei nun die Wertung des Gerichts zum Gutachten abzuwarten. Dessen Aussage sei anschließend die Grundlage eines Prozesses.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel", 1. Änderung **Vorlage: DR/BV/250/2010/VI-61**

Einführend wurde durch **Frau Gelies, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, eine konkrete städtebauliche Anfrage als Begründung für die Änderung des B-Plans angeführt. Eine Stellungnahme im Beteiligungsverfahren stehe im Widerspruch zu den städtebaulichen Zielen. Um die geforderte Sicherheit im Prüfverfahren zu erreichen, sei die Verlängerung der Veränderungssperre notwendig.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.2. Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße **Vorlage: DR/BV/203/2010/VI-66**

Den Beschlussvorschlag als Ergebnis umfangreicher Variantenuntersuchungen und Abstimmungen beschreibend, erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, die favorisierte Variante zum hochwassersicheren Ausbau der Südstraße. Mit der vorgeschlagenen Lösung (Variante 2 a) werde im vorgegebenen finanziellen Budget die Grundsicherung des Straßendamms erreicht und die Kastanienbepflanzung erhalten. Nachteilig sei, dass eine mobile Verteidigung für den Fall eines Hochwasserstandes oberhalb der Wasserstände von 2002 nötig werde. Durch den Ortschaftsrat wurde diese Variante bestätigt.

Auf Nachfrage von **Herrn Maloszyk, Fraktion der FDP**, zur Beteiligung des Hochwasserausschusses, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass eine Vorstellung und Diskussion der Varianten in diesem Gremium erfolgte. Dem dabei geäußerten Wunsch eines höheren Permanentschutzes könne jedoch aus finanziellen Gründen nicht gefolgt werden. Aufgrund der zeitlichen Zwänge

zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II sei dies die einzige Chance diese Mittel einzusetzen. Eine Mittelerhöhung und Fristverlängerung wurde angefragt und abschlägig beschieden.

Aus dem Hochwasserausschuss berichtend, informierte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zu dessen negativem Votum bezüglich der favorisierten Variante 2a sowie der Forderung hinsichtlich der Erstellung der Spundwand auf der Wasserseite. Aus diesem Grund könne er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Die Begründung gegen die Variante 4 wegen eines notwendigen Planfeststellungsverfahrens könne er nicht gelten lassen, da dieses hätte parallel geführt werden können. Auch seien die zu erwartenden Schäden an der Bepflanzung als nicht so hoch einzuschätzen. Die jetzige Lösung gefährde seiner Meinung nach ebenso die Kastanienreihe.

Die Ablehnung der vorgeschlagenen Variante durch das Fachamt begründete **Herr Schneider, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, mit der zusätzlich notwendigen mobilen Verteidigung auf einer Länge von 450 m, die einen erheblichen Materialaufwand bedeute und der künftigen Personalkapazität entgegen stehe. Man behalte eine weitere offene Flanke, die nicht für jeden Fall hochwassersicher gestaltet werde. Weitere zu beachtende Aspekte seien die begrenzte Lagerkapazität für die mobilen Verteidigungsmittel und deren Wartungsaufwand.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, hinsichtlich des zeitlichen Aufwandes zum Aufbau der mobilen Verteidigung, beschrieb **Herr Schneider** den für die Feuerwehr erforderlich Zeitrahmen mit ca. 12 Stunden.

Zum Votum des Hochwasserausschusses erläuterte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**, dass ein permanenter Schutz gefordert wurde. Dies hätte zur Folge, dass alle Kastanien gefällt werden müssten, was durch Gutachten unterlegt sei, und eine dauerhafte Spundwand mit einer Höhe von 1,50 m über Straßenniveau errichtet werde. Die Landschaft würde in diesem Bereich verbaut werden. Hauptproblem sei die Schwammigkeit der Straßenanlage bei hohem Wasserstand, so dass eine Befahrbarkeit im Hochwasserfall zu sichern sei. Sie verwies auf die höheren Personalkapazitäten bei einem Katastrophenfall, beispielsweise durch das THW, und bat um Beachtung des Votums des Ortschaftsrates.

Nachdem **Herr Otto** Zweifel an dem benannten Gutachten äußerte, erklärte **Herr Schönmann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass - in Anbetracht der laufenden Diskussion - entsprechende Änderungsanträge einzubringen seien.

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, der als Roßlauer seine 50jährige örtliche Erfahrung in die Diskussion einbringe, bezeichnete das Votum des Ortschaftsrates als völlig richtige Entscheidung vor dem Hintergrund der finanziellen Rahmenbedingungen. Die Durchweichung des Straßenkörpers sei das Hauptproblem, bei extremen Hochwassern sei eine operative Abhilfe möglich. Ein Permanentschutz mit maximalem technischem und finanziellem Aufwand sei nicht gerechtfertigt, deshalb votiere er für die vorgeschlagene Variante 2a.

Auf Nachfrage von **Herr Trocha, Fraktion der CDU**, hinsichtlich des Einsatzes von Wasser-schläuchen als mobile Verteidigungsvariante, erläuterte **Herr Schneider**, dass dies eine der modernsten Varianten zur Verteidigung sei. Verteidigungselemente seien derzeit standortbezogen vorhanden. Die Schläuche haben eine Aufbauhöhe von ca. 70 cm, so dass bei einem HW₂₀₀ Big Packs zum Einsatz kommen müssten. Die Argumentation der „Einmauerung“ des Stadtteils könne er nicht gelten lassen, da der Radfahrer über die Spundwand blicken könne und der Autofahrer sich auf den Verkehr konzentriere. Als Mindestforderung beschrieb Herr Schneider eine Ausbauhöhe der Deichanlage zumindest analog einem HW₁₀₀.

Eine weitere Frage von **Herrn Trocha** zur Anzahl der - bei der Spundwandvariante - zur Fällung anstehenden Bäume beantwortete **Herr Pfefferkorn**. Auf der Gesamtverteidigungslänge von 450 m seien alle 43 Bäume zu fällen.

Herr Mau, Fraktion der CDU, verwies darauf, dass der Ortschaftsrat durch mündige Bürger besetzt sei, dessen Votum man zu beachten habe. Er schloss sich der Meinung von Herrn Dreibrodt an. Als Gefahr des Hochwassers des Jahres 2002 beschrieb er die Durchfeuchtung des Straßenkörpers und den Rückstau der Rossel. Eine mobile Verteidigung der Anlage sei möglich. Eine Erhöhung der Variante 2a um ca. 30 cm sei jedoch anzustreben, da damit die Ausbauhöhe analog einem HW_{100} erreicht werde.

Die Umsetzung dieser Ausführung sei eine Frage der Kosten sowie der Ausschreibungsergebnisse, so **Herr Schönemann**.

Eine Reduzierung des Aufwandes für die mobilen Verteidigungsmaßnahmen sei anzustreben. erklärte **Herr Maloszyk**.

Auf einen wichtigen Punkt der Diskussionen zur Variantenentscheidung im Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung wies **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, hin. Alle Varianten seien sicher! Der Unterschied bestehe darin, dass nur in einem Katastrophenfall zusätzliche Leistungen einer mobilen Verteidigung notwendig werden. In solchen Fällen stünden kurzfristig erheblich Dritthilfen zur Verfügung.

Normal sei es, meinte **Herr Schönemann**, sich die sicherste Variante zu wünschen. Die Frage sei, ob es eine Möglichkeit gebe, einen Kompromiss auszuhandeln.

Anzustreben sei, so **Herr Trocha**, den Hochwasserausbau auf beiden Seiten der Elbe in gleichen Qualitäten anzustreben.

Priorität habe die Sicherung der Straße, erklärte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Seiner Wahrnehmung nach, würde ein Schutzbauwerk über dem Straßenniveau einen negativen Einfluss im Landschaftsbild ausüben. Er votiere für die Variante 2a und den Versuch, bei der Verfügbarkeit der Mittel die Ausbauhöhen HW_{100} umzusetzen.

Zum Klimawandel Bezug nehmend, wies **Herr Otto** darauf hin, dass man künftig öfter als früher mit extremen Regenereignissen zu rechnen habe. Die Richtwerte HW_{100} und HW_{200} und die Ereignisabstände von 100 bzw. 200 Jahren seien seiner Meinung nach nicht mehr realistisch.

Demgegenüber stehe die nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehenden Mittel sowie die nicht tragbare Variante des „Einmauerns“ in diesem Bereich, entgegnete **Herr Dreibrodt**. Das Votum des Ortschaftsrates weise in die richtige Richtung.

Wenn die Roßlauer die vorgeschlagene Variante favorisieren, argumentierte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, warum soll sich der Bauausschuss darüber hinwegsetzen. Eine 100 %-ige Sicherheit könne man nie erreichen. Er sehe keine Veranlassung zu einer anderen Ausführung der Ausbauvariante.

Zur Notwendigkeit eines Planfeststellungsverfahrens bei den aufgezeigten bzw. der darüber hinaus vorgeschlagenen Variante eines Deichbaus im Oberluch gab **Frau Dr. Kegler** Erläuterungen.

Bereits in der Begründung zur Vorlage verweise man auf die Umsetzung einer erweiterten Variante 2a, falls die Ausschreibungsergebnisse diesen finanziellen Spielraum zulassen, erläuterte **Herr Pfefferkorn**. Damit wäre eine Ausbauhöhe entsprechend HW_{100} zu realisieren.

Durch **Herrn Schönemann** wurde im Anschluss die Vorlage mit dem geänderten Beschlussvorschlag 1 mit der Formulierung:

1. *Es wird beschlossen, entsprechend des Maßnahmebeschlusses v. 26.08.2009 „Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße“ – unter dem Vorbehalt der finanziellen Absicherung nach erfolgter Ausschreibung - die erweiterte Variante 2a (Ausbauhöhe analog eines HW₁₀₀) zu bauen.*

zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich – in der geänderten Form - bestätigt.

6.3. Umgestaltung des Albrechtsplatzes Vorlage: DR/BV/243/2010/VI-66

Einführend gab **Herr Maurer, Tiefbauamt**, über den Inhalt der Beschlussvorlage hinausgehende Erläuterungen zum grundsätzlichen Konzept, das als Ausgangspunkt der Planungen diene, sowie zur historischen Situation und den wichtigen Platzstrukturen. Die Planung für den Albrechtsplatz bezeichnete er als logischen Bestandteil verschiedener Umgestaltungsmaßnahmen bis hin zur Kavallerstraße, die auf die Wiederherstellung der historischen Platzanlage ziele. Wichtige Aspekte seien die erneuerungsbedürftige Verkehrsanlage und die Reduzierung der Dominanz des Straßenraums. Vor dem Hintergrund aktueller Verkehrsströme sei es möglich, den Umweltverbund zu fördern, eine Verkehrsberuhigung und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität zu erreichen.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, fragte nach der Verkehrsführung von Ost nach Nord und umgekehrt - vor allem während der Bauzeit – sowie nach der zwingenden Notwendigkeit der Fertigstellung der Ostrandstraße zur Umsetzung der vorgestellten Planung.

Verkehrstechnische Untersuchungen der aktuellen Situation haben gezeigt, erläuterte **Herr Maurer**, dass die Leistungsfähigkeit der zwei Kreisel und des umgestalteten Albrechtsplatzes bereits jetzt als ausreichend einzuschätzen sei. Diese Grundlagen wurden bereits mit der Fertigstellung der Roßlauer Allee erreicht. Die Verkehrsführung während der Bauzeit über entsprechende Umleitungsstrecken sei in einer späteren Planungsphase zu untersuchen.

Der Beschluss beziehe sich lediglich auf die öffentliche Auslegung der Vorplanung, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um ein Votum der Bürger einzuholen.

Auf die Frage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, hinsichtlich der Fokussierung der Planung auf den Albrechtsplatz, erklärte **Herr Maurer**, dass die Anlage 3 eine Ideenskizze zur Umgestaltung bis zur Kavallerstraße sei, um den Gesamtszusammenhang darzustellen. Die Vorplanung beziehe sich nur auf die zwei Kreisel und den dazwischen liegenden Platz. Die Anbindung zur Kavallerstraße sei zu konkretisieren, so **Herr Hartmann**.

Da aufgrund der Verkehrsströme keine Entlastung der Anwohner sondern eine Belastung durch Stopp & Go – Verkehr zu erwarten sei, forderte **Herr Maloszyk, Fraktion der FDP**, die Fertigstellung der Nordumgehung vor den Umgestaltungsmaßnahmen im Bereich Albrechtsplatz.

Man führe heute keine Diskussion zur Nordumgehung, stellte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, klar. Die Verkehrsanlage funktioniere auch ohne deren Fertigstellung. Das

Problem des Albrechtsplatzes sei der Leerstand im Gewerbe- und Wohnbereich, so dass dringend die Notwendigkeit zur Aufwertung bestehe. Er sehe hier Handlungsbedarf und votiere für eine positive Begleitung und Unterstützung der Planungen.

Dass ihm die Planung gefalle, bestätigte **Herr Maloszyk**, das Aufnehmen der historischen Situation sei sehr schön. Aber die Verkehrsberuhigung der Innenstadt über die Reduzierung der Geschwindigkeit herbei zu führen sei nur möglich, wenn der Durchgangsverkehr um die Stadt herum geführt werde.

Darauf, dass dies bereits in der Kavaliertstraße funktioniere, verwies **Herr Busch**. Eine Übertragbarkeit sei also möglich.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann** zur zeitlichen Einordnung und Finanzierung der Maßnahme antwortete **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass dies schwierig sei. Man schaffe hier die Grundlagen für die Bürgerbeteiligung, anhand der derzeitigen Rahmenbedingungen sei in den kommenden zwei Jahren eine finanzielle Ausgestaltung der Maßnahmen nicht zu konkretisieren.

Als persönliches Statement gab **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau** ab, dass zuerst die Ostrandstraße und im Anschluss die vorgestellte Maßnahme fertig zu stellen sei. Die Planung sei in Ordnung, jedoch seien die Bürger auf den derzeitigen Stand hinzuweisen, so dass keine falschen Erwartungshaltungen geweckt werden. Seitens des ADFC seien die Fraktionen angeschrieben worden, da die Radwegführung in den Kreisverkehrsbereichen nicht befürwortet werde.

Im Zusammenhang mit der Verkehrslösung erläuterte **Herr Maurer** die Radwegführung im Kreisbereich sowie weitergehend alternativ auf der Straße oder den Nebenanlagen. Zur Orientierung sei eine entsprechende Beschilderung nötig.

Als positiv bezeichnete **Herr Busch** die Tatsache, dass eine frühzeitige Bekanntmachung der Planung erfolge, auch ohne bereits die finanziellen Voraussetzungen zur Umsetzung geschaffen zu haben.

Die Frage von **Herrn Trocha** zur Aufhebung des Einbahnstraßencharakters der Ferdinand-von-Schill-Straße wurde durch **Herrn Maurer** bejaht.

Herr Otto bat um weitergehende Informationen zur Ausführung der Albrechtstraße und den dortigen Radwege sowie darum, die Anlage 3 mit der Platzanlage Neumarkt nicht auszureichen, um die Anwohner in diesem Bereich nicht zu verunsichern.

Herr Maurer verwies auf die 3. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans sowie die Variantendarstellung im Quartierskonzept „Theater- und Johannisviertel“, die die Wiederherstellung des Albrechtsplatzes und des Neumarkts in ihren historischen Strukturen zum Inhalt haben. Man könne jedoch auf die Ausreichung dieser Ideenskizze verzichten.

Zur Albrechtstraße erläuterte **Herr Pfefferkorn**, dass die Mittel aus dem Konjunkturprogramm II für die Radwege nicht einsetzbar seien. Man strebe hier eine gesonderte Planung und Umsetzung an.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.4. Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 216 "Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche" der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/251/2010/VI-61

Einführend erläuterte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, mit der rechtlichen Sicherheit zur Beurteilung und Steuerung des Einzelhandels in der Stadt die Zielstellung des Bebauungsplans. Bestehende B-Plan-Gebiete seien nicht betroffen.

Er wies auf einen redaktionellen Fehler in den textlichen Festsetzungen (Teil B) hin. An dieser Stelle müsse man eine Korrektur in den Aufzählungen vornehmen.

Auf die Fragen von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zum Zentrenkonzept als Basis für den B-Plan, erklärte **Herr Schmidt**, dass die Kartierung des Zentrenkonzepts zu prüfen war und lediglich marginale Anpassungen erfolgten. Grundsätzliche Änderungen gab es nicht.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

Bezug nehmend auf das Vorhaben „Besucherzentrum am Bauhaus“ mit dem Standortvorschlag an den Sieben Säulen, sei es sehr auffällig, so **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dass, sofort nach dem genannten Vorschlag der Gegenvorschlag Schlossplatz zur Lösung aller Probleme vorgelegt wurde. Als Problematisch bezeichnete er das Ausspielen beider Standorte gegeneinander, was die Gefahr berge, dass nichts passiere.

Er schlug vor, die Brennpunkte im Stadtgebiet innovativ zu entwickeln und nannte als Beispiele die Meisterhäuser, das Besucherzentrum am Bauhaus, die Lange Gasse und den Kristallpalast. Der Schlossplatz habe für ihn derzeit keine Priorität.

Als zielführend beschrieb Herr Busch einen Maßnahmen- und Prioritätenkatalog und eine Diskussion dazu im Bauausschuss. Unter Beachtung der Situationen an den als Beispiel genannten Standorten Zoberberg und Schaftrift müsse die generelle Ausrichtung der Stadt untersucht werden. Dabei seien die wichtigen Institutionen der Stadt einzubeziehen.

Man dürfe künftig nicht vordergründig die Frage nach möglichen Förderungen stellen, sondern die Missstände und Wege zu deren Beseitigung klären.

Die zielgerichtete Diskussion sei nötig, stimmte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu. Prioritäten seien zu setzen, eine Konzentration sei nötig. Bei nachvollziehbaren Lösungsansätzen seien Mehrheiten des Rates zu erreichen, es sei nur eine Frage der Streitkultur. Verschiedene Lösungen bedürfen einer Abwägung, die sowohl Bau- als auch der Ausschuss für Stadtentwicklung führen müssen. Er unterstütze die Meinung von Herrn Busch.

Die Äußerungen von Herrn Busch gehen in die richtige Richtung, äußerte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, man müsse neue Qualitäten erreichen, Visionen aufzeigen und Partner begeistern. Brennpunkte, die einer Entwicklung bedürfen, seien genügend vorhanden. Auf das Besucherzentrum bezogen, mahnte er die Beachtung der widersprüchlichen inhaltlichen Ausrichtungen der Varianten an. Hier sei eine offene Diskussion nötig.

Auf die Fragen von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, zum Sachstand der Fördermittelbeantragung für das Besucherzentrum, erläuterte Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, dass der GA-Antrag als Alternative zur Welterbeförderung in Bearbeitung sei.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies auf bestehende Beschlusslagen. Neue Ideen bedingen eine Abwägung. Für den August 2010 habe die Verwaltung eine entsprechende Vorlage zugesagt.

Herr Meister bestätigte, dass die angesprochene Vorlage für die nächste Ausschusssitzung in Vorbereitung sei.

Nach dem Hinweis von **Herrn Schönemann**, dass man ein begrenztes Zeitfenster zu beachten habe, erinnerte **Herr Busch** daran, dass alle Fraktionen zur Vorstellung des Vorhabens durch Herrn Prof. Oswald eingeladen waren. Seine Visionen seien positiv zu bewerten. Merkwürdig sei nur, dass diese Gedanken sofort mit einem Gegenvorschlag torpediert würden.

Er sei in dieser Sache ergebnisoffen, erklärte **Herr Otto**, jedoch müsse eine ordentliche Diskussion geführt werden.

Man habe in der Diskussion zum Zentrenkonzept einen Platzhalter „Kultureller Standort“ für den Bereich Schlossplatz geschaffen, so **Herr Hartmann**. Ein inhaltlicher Vergleich mit dem Vorhaben am Bauhaus sei nicht möglich.

Bevor man sich Gedanken zum Schlossplatz mache, seien andere Entwicklungen beispielsweise in der Langen Gasse, am Kristallpalast, im Bereich der Stadtparkbebauung voran zu treiben, argumentierte **Herr Busch**. Eine Stimmungsmache gegen Visionen sei nicht in Ordnung.

Eine dementsprechende Prioritätensetzung hat in den kommenden Sitzungen des Gremiums zu erfolgen, erklärte **Herr Schönemann**.

Als weitere Diskussionspunkte für den Bauausschuss benannte **Herr Otto** ein Überdenken der bisherigen Abrissplanungen. Statt des Komplettabrisse müsse man – wie es in anderen Städten erfolgreich praktiziert werde – einen Teilrückbau auf zwei oder drei Geschosse prüfen.

In Bezug auf die Einziehung der Fröbelstraße und der Forderung zur Information über die Gestaltung und die Herstellung von Ersatzstellplätzen durch den Investor übergab **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, ein bereits ausgereichtes Schreiben an **Herrn Otto**.

Das - auf Nachfrage zur Begründung der Umsetzung der Beleuchtung in der Kühnauer Straße - durch das Tiefbauamt ausgereichte Antwortschreiben stellt, nach Äußerung von **Herrn Otto** keine ausreichende Begründung für die Maßnahme dar und sei als inakzeptabel zu bezeichnen.

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

7.1.1. Rampe an den Andes-Hallen

Durch **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, erfolgte die Erläuterung der zusätzlichen Baumaßnahme zur Errichtung einer Rampe an den Andes-Hallen, deren Umsetzung durch Einsparungen bei der Teilsanierung des Gebäudes ermöglicht werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu den Gesamtkosten der Sanierung und dem Eigenanteil des Vereins,

antwortete **Herr Bekierz**, dass man für die Teilsanierung eine Gesamtsumme von ca. 44 T€ verbraucht habe. Die Differenz zur geplanten Bausumme von 55 T€ soll nun für die Rampe eingesetzt werden. Der Eigenanteil des Vereins sei in Zahlen schwer darstellbar, da Arbeitsleistungen erbracht worden.

Die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Folienbespannung als Dauerlösung für die Fenster, bestätigte **Herr Bekierz** mit dem Hinweis, dass man an dieser Stelle eine Ausführung als Kalthalle umgesetzt habe.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

7.1.2. Maßnahmen im Georgengarten (Welterbeförderung)

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, erläuterte ergänzend zum Maßnahmebeschluss die konkretisierten Teilmaßnahmen zur:

- Orangeriemauer,
 - . Errichtung entsprechend des historischen Bestandes mit Ausnahme des jetzigen Verkehrsbereichs (Puschkinallee)
- die Umgestaltung des historischen Haupteingangs und des Schlossvorplatzes,
 - . 64 Baumpflanzungen entsprechend des historischen Bestandes vor dem Schloss und entlang der wiederherzustellenden Allee sowie die Notwendigkeit von 27 Baumfällungen
- die Maßnahmen an der Querallee
 - . Korrektur der Befestigungsart
 - . Keine Umsetzung der Allee aus Naturschutzgründen (Reiherkolonie)
- sowie die aktuelle Situation zur Verwendung der finanziellen Mittel
 - . Kostenberechnung (Maßnahmebeschluss) i. H. v. 580 T€
 - . Aktuelle Kostenprognose i. H. v. 520 T€
 - . eventuelle Anpassung des Maßnahmebeschlusses

und bat zu den drei Umsetzungsvorschlägen um das Votum des Ausschusses.

Nach Rückfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zur Zweckbestimmung der Mittel für den Georgengarten und zur Umsetzung im Bereich der Sieben Säulen, erklärte **Herr Bekierz**, dass die Mittel für den Garten bereits zu Gunsten des Schlosses reduziert wurden. **Frau Dr. Lott, Amt für Zentrales Gebäudemanagement**, erläuterte die in Umsetzung befindlichen Maßnahmen im Bereich Sieben Säulen als Teilmaßnahme der Tiefbauarbeiten im Kreuzungsbereich sowie weiter gehend aus Mitteln der Welterbeförderung.

Im Anschluss informierte Frau Dr. Lott zu den geplanten Maßnahmen bei der Errichtung der ursprünglichen Orangeriemauer. **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, ergänzte zur erfolgten Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie.

Herr Maloszyk, Fraktion der FDP, stellte die Frage, wer an diesem Standort eine Mauer befürworte. Er bat ausdrücklich darum, darauf zu verzichten.

Auf Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, ob man sich hier noch in der Diskussionsphase befinde, bestätigte **Herr Bekierz**, dass die Planung vorliege und man nun hinsichtlich der Umsetzung eine Entscheidung treffen müsse.

Nach Meinung von **Herrn Busch**, spreche alles gegen die Errichtung der Mauer.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, äußerte, dass vor einer Meinungsbildung weitere Überlegungen notwendig seien.

Dass eine klare Definition zur Eingangssituation fehle, bestätigte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Aber ob eine Mauer die richtige Lösung darstelle, sei fraglich. Auch aufgrund der Folgekosten sollte man über eine Heckenanpflanzung nachdenken. Darüber hinaus haben man an den anderen Parkbauten, beispielsweise dem Vasenhaus, einen weit erheblicheren Handlungsbedarf zu Reparaturarbeiten der bereits bestehenden Bauten.

Seitens **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde an die Diskussionen zur Orangerie erinnert. Die Philosophie einer Mauer als Auftakt sei auch ästhetisch schwer zu argumentieren.

Frau Dr. Lott informierte zu den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung zur Maßnahme, die in der Reduzierung der Höhe der Mauer resultierte. Mit Verweis auf den Inhalt des Welterbeantrages, werde man mit der Errichtung der Orangeriemauer die Klärung der Eingangsbereiche des Gartens vornehmen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, der daran erinnerte, dass er die Sanierung der Orangeriegebäude gegen die Meinung des Stadtrats durchgesetzt habe, votierte für die Beibehaltung der jetzigen Eingangssituation und gegen die Verstellung der vorhandenen Blickbeziehungen. Es gebe an anderen Stellen wesentlichere Bauschäden, die es gilt, zu beseitigen.

Nach Vorlage eines historischen Lageplans, erklärte **Herr Hartmann**, sei die Mauer in ihrer historischen Situation begründet.

Nach Abfrage des Meinungsbildes des Ausschusses durch **Herrn Schönemann**, welches sich mehrheitlich gegen Mauer und für die Beibehaltung der offenen Situation orientierte, wurden die weiteren zur Diskussion anstehenden Punkte besprochen.

Die Umgestaltung des historischen Haupteingangs und des Schlossvorplatzes und die konkretisierten Maßnahmen an der Querallee fanden das einstimmige, positive Votum des Gremiums.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

7.1.3. Roter Faden

Zum Stand der Ausschreibungen sowie deren Ergebnisse informierte **Frau Gelies, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Aufgrund der Reduzierungen im Bereich der Hörstationen wurde trotz Erhöhung der Teilleistungen der Kostenrahmen eingehalten.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

7.1.4. Sonstiges

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, informierte zu Unterhaltungsmaßnahmen der nördlichen Fahrbahn der Askanischen Straße zwischen den Einmündungen Steinstraße und Kavalleriestraße in der 38. oder 39. Kalenderwoche. Als Bauzeit seien zwei Wochen vorgesehen, an zwei Tagen erfolgt eine Vollsperrung des Bereichs.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:45 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 11.10.10

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste